

Aus: jw-[Ausgabe vom 09.09.2021](#), Seite 3 / Schwerpunkt  
Völkerrechtliche Verpflichtungen  
Von Sönke Hundt

## Archäologen auf »Russenfriedhof«

Bremen: Pläne für Bahnwerkstatt auf Gelände von Kriegsgräberstätte. Frühere Umbettung wohl unvollständig



Holzkreuze für die auf dem Gelände in Bremen-Oslebshausen begrabenen Opfer von Zwangsarbeit und Kriegsgefangenschaft (22.6.2021)

Während des Zweiten Weltkriegs war Bremen ein Zentrum der Rüstungsindustrie. Aus mehr als 200 Internierungslagern wurden über 30.000 vorwiegend aus der Sowjetunion und Polen, aber auch aus Frankreich, den Niederlanden und Belgien verschleppte Männer, Frauen und Kinder zur Zwangsarbeit getrieben. Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter aus Osteuropa galten als »Untermenschen«, wurden verachtet, gequält und dem Tod durch Krankheit, Hunger, Kälte und Erschöpfung preisgegeben. Für die vielen Toten mussten eigene Friedhöfe oder Massengräber angelegt werden.

In Bremen-Grambke (heute: Oslebshausen), einem Stadtteil in der Nähe der Werften und anderer Rüstungsbetriebe, existierten fünf große Internierungslager. Die Toten wurden auf einem Areal mit 20.000 Quadratmetern innerhalb der Hafenanlagen begraben – später wegen der dort liegenden Überreste sowjetischer Kriegsgefangener als »Russenfriedhof« bezeichnet. Dieser liegt auf einem Gelände, das der Bremer Senat dem Alstom-Konzern für den Bau einer großen Bahnwerkstatt verkaufen bzw. in Erbpacht übertragen will. Alstom plant hier ein Milliardenprojekt und verspricht viele Arbeitsplätze. Der Senat hatte nach eigenem Eingeständnis keine Ahnung davon, dass sich auf dem Gelände eine völkerrechtlich geschützte Kriegsgräberstätte für schätzungsweise 800 Tote befindet. Die [»Bürgerinitiative Oslebshausen und umzu«](#) und das [»Bremer Friedensforum«](#) haben diesen Skandal nun öffentlich gemacht.

Über den »Russenfriedhof« war in den ersten Nachkriegsjahren mehrmals und relativ präzise berichtet worden. Das Schlüsseldokument in den jetzigen Auseinandersetzungen ist der

Report des 19. Polizeireviers vom 9. Mai 1946. Er wurde angefertigt auf Anweisung einer Kommission der Vereinten Nationen und der alliierten Siegermächte als Teil eines Berichts über die Grabstellen für Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter auf Bremer Gebiet. In dem Dokument hieß es: »Russenfriedhof nordöstlich der Hafenbahn, von Stacheldrahtzaun umgeben; die einzelnen Grabstellen sind mit einem Holzkreuz mit Nummern von 1 bis 217 versehen; weitere Gräber mit den Nummern Z 1 bis Z 63 vorhanden; etwa 460 Grabstellen ohne Kennzeichen; zwei Gräber mit Kreuzen und Inschrift.« Der Bremer Senat hatte sich am 18. August 1947 in einem Grundsatzbeschluss mit der Anlage von sieben »Ehrenfriedhöfen« für die vielen Kriegsoffer in Bremen befasst. Der »Russenfriedhof« mit »schätzungsweise 800 Toten« wurde dabei ausdrücklich und an erster Stelle genannt. Die Toten von dort sollten umgebettet werden. Die lokale Presse berichtete damals ausführlich.

Zum »Ehrenfriedhof« und der Umbettung kam es nie. Bereits kurz nach der Untersuchung von 1946 ist das Gelände mit Sand zwei bis vier Meter dick überspült worden. Als dann doch eine Umbettung der Toten auf den Osterholzer Friedhof vorgenommen wurde, stellte sich heraus, dass die Exhumierungen nicht vollständig waren. Gegenüber der *Kreiszeitung* erklärte Konrad Elmshäuser, amtierender Direktor des Bremer Staatsarchivs, im Juni, es sei davon auszugehen, dass weiterhin 280 Opfer in der Erde liegen. Offenbar sei dieser Umstand vertuscht worden. Elmshäuser beklagte die dünne Quellenlage.

Inzwischen ist viel passiert: Ein Whistleblower hatte Informationen über die Pläne mit Alstom an die Bürgerinitiative vermittelt. Zwei Historiker, Harry Winkel und Peter-Michael Meiners, haben ihre Kenntnisse ebenfalls der Initiative zur Verfügung gestellt. Als wichtigste Quelle erwies sich das online zugängliche Moskauer Archiv »Memorial«, wo fast alle Namen der Bestatteten mit ihrer sogenannten Personalkarte A aufgefunden werden konnten. Als die Leiterin der Landesarchäologie Bremen, Uta Halle, von der (wahrscheinlich) zugeschütteten Kriegsgräberstätte erfuhr, haben sie und ihre Behörde eine archäologische Untersuchung angeordnet.

Der Skandal um die »Vergessenen« des sogenannten Russenfriedhofs hat eine internationale Dimension. An den Grabungen wurden Studierende der Universität Kiew beteiligt. Dies kam auch durch Mitwirkung der ukrainischen Generalkonsulin in Hamburg, Iryna Tybinka, zustande, wie der Bremer Senat am 27. August mitteilte. Der russische Generalkonsul in Hamburg, Andrej Scharaschkin, hatte das Gräberfeld schon dreimal besucht, wobei er von russischen Medienvertretern begleitet wurde. In seiner Heimat, sagte er, sei man sehr sensibel im Umgang mit Kriegsgräbern.

Mitglieder der [Bürgerinitiative und des »Friedensforums«](#) forderten [per Petition](#) von der Bürgerschaft den Stopp aller Planungen und die Einrichtung einer Gedenkstätte. Die Antwort des Senats vom 17. August ist ablehnend. Man gehe nach wie vor davon aus, dass alle hier bestatteten Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter seinerzeit umgebettet wurden und also »einer gewerblichen eisenbahnbetrieblichen Nutzung des Areals« nichts im Wege stehe – es sei denn, es würden bei den archäologischen Ausgrabungen menschliche Überreste gefunden. Die Grabungen sollen bis Jahresende abgeschlossen sein, so die Behörden. Ausgrabungsleiterin Halle hält dagegen: »Es dauert so lange, wie es dauert.«